

Europas Zukunft braucht eine Vision

»Wenn wir hier über Europa sprechen, sollten wir drei verschiedene Dimensionen unterscheiden: Erstens die eigentlich kurzfristige – das ist die Debatte in Brüssel und in unseren Regierungen. Das sind die sogenannten Aufgaben, wie man es gerne nennt, und es ist nicht unsere Aufgabe, darüber zu reden. Zweitens gibt es die sogenannten mittelfristigen Termine – das sind die Projekte, über die man diskutiert. Und dann kommt noch die dritte Dimension, die langfristige und das ist die Vision Europas.

Ich habe mir gedacht, wir sprechen über diese Vision, weil das andere Aufgabe der Beamten, der Regierungen ist.

Ich bin davon überzeugt, dass man die Entwicklung ein bisschen zu falsch angegangen ist, man mit den wirklichen Tagesproblemen auch an die Bevölkerung herangetreten ist und es zu verschiedenen Verwirrungen gekommen ist. Man macht verschiedene Projekte ohne eine Vision zu haben. Ich bin überzeugt, dass man das von der anderen Seite angehen sollte: Die Vision heißt für mich, richtige Fragen zu formulieren. Wir haben ja noch keine Fragen gestellt. Wir wissen nicht, was am Ende dieser Entwicklung – falls die Entwicklung ein Ende hat, aber irgendwo werden wir ein Ende der Institutionalisierung Europas setzen – herauskommt.

Falls wir nicht wissen, wie das Ganze aussehen soll, dann ist es schwierig, mittelfristige Programme zu schaffen, weil die nicht in das gesamte Bild passen. Wenn man die richtigen Fragen formuliert, dann kann man bei den mittelfristigen Aufgaben die richtigen Antworten finden. Das ist es, was wir brauchen.

Und die kurzfristigen Aufgaben sind die Antworten, die man in ein System einbaut. Dann funktioniert das Ganze. Das ist meine erste Bemerkung.

Friedrich Haffner:
Vision und politisches
Handeln gehören
zusammen

Nicht übereinstimme ich mit einer Aussage, wir müssten uns langfristigen Visionen und Fragen zuwenden und die aktuellen Dinge den Politikern überlassen. Was in Zukunft geschieht wird heute vorbereitet. Und die Zukunft ist nicht das Ergebnis unserer Vision, sondern dessen, was wir heute tun. Und deshalb ist diese Trennung, lasst die Bürokraten machen, was sie wollen, wir haben die große Vision im Auge, sehr gefährlich. Nein, wir müssen schon die heutigen politischen Prozesse an Visionen orientieren.

Werner Weidenfeld:
Europa hatte seine
visionäre Phasen

Stichwort Vision, das Herr Alner gesagt hat. Und das ich sehr interessant finde. Natürlich hat es in der Entwicklung dieses Europa, der Europavorstellung immer wieder solche visionären Phasen gegeben. Wenn wir hier heute von Vision sprechen, würden wir vielleicht sagen, ja gut, das war die Vision nach dem 2. Weltkrieg und da war es in der Tat ein Traum, eine Idee, gewissermaßen die Antwort auf die Ruinen und da war alles mit drin: Friedenssehnsucht, Antinationalismus, Sicherheitsverlangen, Wohlstandshoffnung, alles das war in dem drin. So, und diese Vision ist nun Stück für Stück, zumindest partiell, torsohaft, realisiert. Heute ist grauer Alltag eingeleitet und in dem Moment wachsen natürlich auch Frustrationen und deshalb kommt diese merkwürdige Ambivalenz, die Sie vorhin sagen wir kritisch aufgenommen haben, nämlich dass über einen Vorgang, der ursprünglich mit allem Positivem

behaftet war, also mit Sehnsüchten und Träumen, auf einmal ziemlich negativ geredet wird, weil er in den grauen Organisationsalltag übersetzt wird. Und das gilt nicht nur für das Thema Europa, auch für andere Visionen. Also da ist gewissermaßen Europa abgestürzt aus diesem Ideenhimmel in den Dschungel der Konflikte.

Die zweite ist die folgende: Ich glaube, wir sind noch nicht so weit, dass wir als Europäer über uns sprechen können, also über Europa als Subjekt. Wir sprechen immer noch über Europa als ein Objekt, das irgendwo liegt. Wir diskutieren, wie das aussieht und was wir darüber denken. Zum Beispiel die Frage: Wer gehört hinein und wer nicht? Solange wir Europäer selber Europa nicht als Subjekt der Thematik betrachten, dann kann Europa als ein Subjekt unseres Lebens gar nicht existieren.

WAS BEDEUTET DIE RÜCKKEHR NACH EUROPA...

...für die Staaten Mittel- und Osteuropas war die Frage zu unserer Diskussion. Wir haben noch nicht gesagt, was wir unter dem Begriff Europa verstehen. Wir haben nicht gesagt, was wir unter Mittel- oder Ost- oder Mittelosteuropa verstehen. Diese Terminologie ist, glaube ich, nicht ganz klar. Wir haben noch nicht gesagt, was wir unter dem Begriff Rückkehr verstehen: Rückkehr woher? Rückkehr wohin? Wir sollten wissen, worüber wir eigentlich reden bei all diesen Diskussionen.

Europa hat verschiedene Dimensionen. Europa heißt etwas anderes für die Geographen, für die Politiker, für die Geschichte und Kultur. Bei der geographischen Diskussion werden wir kein gutes Ende finden, weil wir ja Russland nicht irgendwo auf der Spitze vom Ural teilen und sagen können, dieses Dorf da ist europäisch und das Dorf daneben asiatisch. Genauso läuft die Grenze durch die Türkei. Ich glaube, geographisch betrachtet kommen wir nicht zu unseren Antworten. Wir müssen die Frage anders stellen.

Reden wir nicht über Europa, sondern über die Europäer. Die sind ja Subjekte und Objekte der Politik, Geschichte und Kultur. Wer sind die Europäer? Da stoßen wir jedoch auf noch größere Schwierigkeiten. Niemand zweifelt daran, dass nicht nur die Ukrainer, sondern sogar auch die Schweizer Teil Europas sind. Europa ist ja nicht mit der Union identisch, sonst wäre jede Erweiterung nicht möglich. Übrigens: Zusammen mit Frankreich ist in der EU auch Guyana, deren Bürger sich bestimmt nicht als Europäer fühlen. Anders aber kann es mit den Portugiesen in Macao sein. Die sind doch nicht ausgerechnet am 20. Dezember vorigen Jahres zu Chinesen geworden. Es ist eine Frage an die Kulturanthropologen, ob sich die zahlreichen Auswanderer – nun schon in verschiedenen Generationen – überall in der Welt als Europäer betrachten. So z. B. eine Million Slowaken in den USA, von denen die meisten nicht mehr slowakisch sprechen. So kann man auch nicht sagen: Europa ist dort, wo die Europäer leben.

In der aktuellen Debatte über die Wirtschaft hat sich gezeigt, dass das alte »ex oriente lux, ex occidente luxus« gilt und man sieht, dass das Wirtschaftliche eine große Rolle spielt, aber vielleicht doch nicht das Ziel unserer Diskussion ist.

Christine Sintermann:
Womit kann sich der
Bürger identifizieren?

Wenn wir jetzt über einen Sicherheitsraum reden, über den Binnenmarkt und so weiter, dann stelle ich jetzt mal die Frage, wer soll von dem all profitieren? Das tun wir, die Leute, die in Europa leben und was brauchen wir denn? Brauchen wir Käse aus Frankreich, Wein aus Italien? Wann ist der Bürger glücklich mit dem Gebilde in dem er lebt und welche Identität erhält er durch dieses Gebilde? Ich glaube, glücklich ist der Bürger oder verstehen, identifizieren tut er sich, wenn er das Gebilde kennt, in dem er lebt, wenn er die Institution kennt, und vor allem wenn er weiß, was ihn erwartet. Das glaube ich, ist ein Kernpunkt.

WIR SPRECHEN ÜBER GEMEINSAME GESCHICHTE

und dabei wissen wir gar nicht, worüber wir sprechen. Ich habe wirklich nirgendwo eine EUROPÄISCHE Geschichte gefunden. Die Historiographie ist nicht darauf vorbereitet, uns die Europa-Frage zu beantworten. Die Altgriechen verwendeten den Europa-Begriff für den eigenen Einflussraum. Was außerhalb stand, das waren die Barbaren. Diese Art der Ausgrenzung »der anderen« ist aus heutiger Sicht kaum akzeptabel. Wir brauchen eine Geschichtsschreibung, die den Schwerpunkt nicht auf die Kriege und Herrscherfamilien legt, sondern auf die global-europäischen Bewegungen. Die sind bis heute auch nicht definiert worden. Es ist sogar noch nicht gelungen, z.B. die slowakischen und ungarischen Historiker an einen Tisch zu setzen, damit sie gemeinsam die gemeinsame Geschichte ausarbeiten. So existieren noch immer zwei unterschiedliche Versionen derselben Tatsachen. Es ist auch nicht europäisch.

Was meinen wir eigentlich, wenn wir über europäische Geschichte reden? Manchmal beschränken wir diesen Begriff auf Kultur. Und was meinen wir, wenn wir über europäische Kultur sprechen? Die Kulturgeschichte hat mehrere Aspekte. Man pflegt von den christlichen Werten zu sprechen. Welche sind es aber? Und wenn wir akzeptieren, dass sie in dem Judentum wurzeln, bekommt die Kultur eine neue Dimension. Übrigens: Lateinamerika ist heute christlicher geprägt als unser Kontinent. Das muss nicht unbedingt heißen, dass es mehr europäisch ist. Unlängst habe ich in der Schweiz mit Politikwissenschaft-Studenten eine Debatte geführt und wir sind auch auf dieses Thema gekommen. Die haben gesagt: »Ja, die christlichen Werte.« Dann habe ich gefragt: »Liebe Studenten, welche christlichen Werte meinen Sie?« Da waren sie sehr lange ganz still und dann kamen so sechs, sieben, acht Gebote. Dann hat sich ein farbiger Student gemeldet und gesagt: »Verzeihen Sie, Kollegen, ich komme aus Malaysia und bin Inder. Zu allen diesen Werten bekennen wir uns auch. Also warum sollten das spezifisch europäische Werte sein?« Und er hat Recht gehabt. Das ist ein ganz offenes Thema.

Manchmal sagen wir: »Europäische Kultur ist vielleicht verbreitet, wo die Grenzen des Barocks liegen.«

Übrigens, bei der nächsten Erweiterung kommen zum ersten Mal Slawen in die Union hinein: Das ist auch etwas Neues, worüber man sprechen soll, weil die bringen ja auch etwas Neues mit hinein: Mindestens eine neue Dimension, wenn nicht sogar eine andere Kultur. Sind einige Slawen Europäer und andere nicht? Selbstverständlich gehören zu Europa nicht nur die Polen, Tschechen und Slowaken, sondern auch die Serben, Ukrainer und Russen. Wenn die Rede von der Kultur ist:

Gehören Schostakowitsch, Tschaikowski, Gorki, Puschkin und andere der europäischen Kultur? Oder wie die Russen selbst zu fragen pflegen: »Sind wir weniger europäisch als die Türken oder die Ukrainer?« Was heißt da mehr oder weniger? Eine der traditionellen Kulturgrenzen trennt Rom von Byzanz. Seit dem Jahre 1054 kann man von der westlichen und östlichen Kirche und Kultur reden, was man zu oft auch als Grenze Europas betrachtet. »Europa liegt dort, wohin der Einfluss Roms reicht.« ist eine der kulturgeschichtlichen Thesen. Dies würde aber nicht nur die Orthodoxen, sondern auch die Protestanten ausgrenzen. Wer würde dann in der EU bleiben außer den Bayern und Polen? Seit Jahren suchen wir (und sucht auch der Heilige Stuhl) den Weg zusammen. Keine dieser Trennungslinien ist im Sinne des modernen europäischen Denkens. Dieses Bild erweitert sich. Wenn man über die Erweiterung Europas spricht, dann kommen auch die Moslems hinein. Auch deren Anteil an der europäischen Bevölkerung wird wachsen. Sagen wir dann, die Moslems in der Union sind keine Europäer oder die müssen jetzt erst zum Christentum übertreten? Diese Frage haben wir auch noch nicht diskutiert. So werden wir auch die These vom christlichen Europa neu durchdenken müssen. Da bin ich endlich bei meinem eigenen Thema angelangt. Und zu meiner These: Europa hat man oft ganz eng als »den Westen« betrachtet. Und die Neuankömmlinge aus dem ehemaligen Sowjetbereich sind auch oft stolz darauf, »endlich Teil des Westens« zu sein. Auch das Gegenteil gilt: Die Union erweitert sich nach Osten. Die neuen Mitgliedsstaaten kommen mit eigener Tradition, mit einer anderen Kultur, anderen historischen Erfahrungen und Vorstellungen. So sollen sie sich auch aktiv an dem Bau des neuen Europas beteiligen.

**Friedrich Haffner:
Der Begriff Rückkehr
nach Europa ist falsch**

Aus Ihrem Referat kommt ja eigentlich sehr deutlich heraus, dass der Begriff Rückkehr nach Europa falsch ist. Er erweckt völlig falsche Vorstellungen. Erst mal ist Europa nicht mehr das Europa von 1914 oder 39 oder was immer man nehme, sondern Europa ist in einem dynamischen Prozess. Man kann nicht rückkehren. Ich würde den Begriff Rückkehr als irreführend bezeichnen. Denke natürlich gleich nach, was könnte man statt dessen sagen? Regeneration Europas? Es wird jedenfalls ein neues Europa unter neuen Kräften natürlich unter Aufnahme historischer Wurzeln, das ist ganz klar.

Dies beantwortet auch die Frage:

ZEMENTIERTE DER OST-WEST-KONFLIKT DIE VERHÄLTNISSE IN EUROPA?

Der Ost-West-Konflikt hat schon zu Beginn das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Integration, demokratischer Stabilität, was zugleich Stärke bedeutet, und gemeinsamer Verteidigung der Länder des Westens und ihrer Werte mit unvermeidlicher Teilnahme der USA ausgelöst. Ohne diese Grundlage wäre die heutige Integration nicht denkbar. Übrigens: Ohne die Bipolarität wäre nichts zu integrieren. Die Reihenfolge der Integrationsschritte war also diese: Der erste Impuls war die Beseitigung des deutsch-französischen Hasses und die Gewährleistung des Friedens. Der zweite: Aufbau eines Abwehrblocks gegenüber der (nicht unbedingt) drohenden kommunistischen Gefahr. Und letztlich Aufbau einer wettbewerbsfähigen großräumigen Wirtschaftsgemeinschaft. Alle diese drei Motivationen haben zu der heutigen Form geführt. In diesem Sinne hat man auch die Konfliktlage positiv ausnützen können. Die Frage, die aktuell zu beantworten ist: Will man »den Osten« ein-

fach anschließen, so wie die ehemalige DDR, oder will man tatsächlich eine gemeinsame Union der Zukunft aufbauen?

Axel Funke:
Die EU-Erweiterung
gleicht einer Fusion

Europa ist ja eigentlich, was wir dort vorhaben, eine gewisse Art Fusionsprozess. Und ich denke, dass es in dem Zusammenhang sehr wichtig ist, dass im Vorfeld auch genau bekannt ist, bevor man die Fusion dann mal irgendwie in die Praxis umsetzt, was eigentlich das Ziel der Fusion sein soll und unter welchen Regeln diese Fusion ablaufen soll. Und ich sehe einfach die Gefahr, dass wir in Europa in große Schwierigkeiten hinein laufen, weil wir nämlich viele sehr essentielle Fragen meines Erachtens nach außer Acht lassen. Zum Beispiel die Frage nach den Werten dieser ganzen Geschichte. Oder auch diese Visionsfrage. Da sehe ich auch, gerade im Hinblick auf die politischen Eliten, doch erhebliche Defizite. Wenn ich mir alleine anschau, welche politischen Parteien sich in der Bundesrepublik mit diesem Schlagwort soziale Gerechtigkeit sozusagen an die Öffentlichkeit hieven, wie unterschiedlich man das jeweils interpretiert, wenn wir das im europäischen Raum auch machen, dann werden wir letzten Endes zu großen Missverständnissen kommen. Und ich möchte einfach nicht erleben, dass wir uns letzten Endes in einem fusionierten Europa nach dreißig Jahren in einer Art Sezessionskrieg oder so etwas wieder befinden. Das wäre dann auch nicht der Frieden, den wir eigentlich erreichen wollen.

DAS ALLES ERÖFFNET DIE FRAGE NACH DEN GRENZEN,...

...auch nach den Grenzen der Kultur und selbstverständlich der Identität. Auch bei uns in der Slowakei hatten wir viele Debatten über Identität und auch nutzlose Diskussionen über Identitätsverlust, wobei wir nie definiert haben, was wir damit meinen, was wir da verlieren können. Übrigens: Ist Zucker im Kaffee Verlust einer spezifischen Kaffeeidentität oder Zuckeridentität? Ich denke nicht: Als Stückchen Zucker bin ich glücklich mit dem großen Kaffee, wenn der ganze Kaffee jetzt süß wird. Übertragen heißt das, dass meine Identität ja dann überall in Europa ist. Und es ist vielleicht wünschenswert, wenn diese Geschmacksachen der einzelnen Nationen auch den anderen zu Verfügung stehen, wenn wir uns nicht isolieren, sondern den anderen unsere Identität anbieten und dabei unsere Qualität nicht verlieren. Süße verliert sich ja auch nicht im Kaffee.

In diesem Sinne kann man nicht über die Rückkehr nach Europa reden, sondern über die Neugestaltung Europas.

Sie haben nach den moralischen Werten gefragt. Es ist die Frage, ob Sie im Westen oder im Osten oder irgendwo sind, oder ob wir nur denken, dass die moralischen Werte irgendwann früher in der Geschichte da gewesen sind und wir hoffen, sie wieder zu identifizieren. Vielleicht liegt der Unterschied zwischen den assoziierten Ländern und den schon integrierten darin, dass das gesellschaftliche System in der Union besser funktioniert: Man kann hier über die Probleme, zum Beispiel den Ex-Kanzler Kohl offen sprechen, was bei uns noch nicht der Fall ist, weil es zu nichts führt. Der Widerhall ist wichtiger Bestandteil einer offenen Gesellschaft. Das müssen wir noch den Menschen bei uns bringen. Die Moral im System der Europäischen Union funktioniert vielleicht besser und da reden wir über funktionierende Demokratie.

Zur Wirtschaftsfrage: Ich kann mich erinnern, dass in Bratislava nach dem November 1989 viele Leute enttäuscht waren und sagten: »Wir haben jetzt Demokratie, wo ist unser Reichtum?« Die haben geglaubt,

das kommt jetzt irgendwie automatisch. In der Redeaktion, in der ich seit dem 1. Januar 1990 als Chefredakteur tätig war, haben einige Kollegen sofort ein wesentlich höheres Gehalt verlangt. Meine Antwort war: »Ihr habt die Erdbeeren noch nicht richtig angebaut und wollt sie schon essen!« Manche waren enttäuscht, weil die neuen Regierungen es zu lange nicht schafften, Wohlstand zu schaffen. Das war eine der ersten Enttäuschungen: »Im Sozialismus war es doch besser, da haben wir zumindest unsere Sicherheit gehabt und jetzt ist alles verloren gegangen.« Gute Chancen für Demagogen.

Demokratie ist mit Freiheit verbunden und unsere große Schwierigkeit ist auch, den Menschen zu erklären, dass Freiheit nicht bedeutet, ich kann machen, was ich will, sondern dass es eine unglaubliche Verantwortung ist. Einmal habe ich meiner Redakteurin gesagt: »Also, liebe Kollegin, so kannst du ja nicht schreiben. Das kannst du nicht in die Zeitung bringen.« Und die hat geantwortet: »Wieso, jetzt haben wir Demokratie, jetzt kann ich schreiben, was ich will.« Es war und ist bis heute schwierig, den Menschen zu erklären, dass es anders ist und wir nicht weiter kommen, wenn wir nicht lernen, Freiheit mit Verantwortung zu verbinden.

Da kommt ein für mich sehr wichtiges Thema: Was meinen wir, wenn wir von Integration reden? Die Politiker meinen, es ist eine Integration der Regierungen. Dann vermittelt die aktuelle Regierung, sie sei es, die es schafft, dass die Slowakei in die Union kommt und die früheren Regierungsleute in der Opposition sagen: »Nein, ihr macht das schlecht, ihr kommt nicht in die Union. Wir müssen jetzt die Parlamentswahlen gewinnen und dann kommen wir in die Union.« Und dabei sprechen wir ja alle über die Union der Bürger.

WAS HEIßT EIGENTLICH UNION DER BÜRGER?

Hat man in den 15 Ländern schon eine Union der Bürger oder wollen die Regierungen für immer bei einer Union der Staaten bleiben? Wenn man die Strukturen betrachtet, dann sieht man einen Trend zur Union der Bürger, aber man steht erst irgendwo am Anfang dieses Weges. Der Rat hat heute so viele Kompetenzen, dass es tatsächlich eine Union der Regierungen ist. Das Parlament beginnt langsam, Kompetenzen zu gewinnen und bei der Kommission ist es nicht ganz klar, ob und wie sie sich zu irgendeiner Form echter Exekutive, also europäischer Regierung entwickeln wird. Diese Fragen hat man auch nicht klar beantwortet. Wenn ich zum Anfang dessen komme, was ich gesagt habe, wir sollen über die Vision sprechen, dann sollten wir wirklich wissen, wohin wir steuern wollen: Zu einer Art europäischen Regierung oder nicht? Ob sich das Parlament wirklich zur gesetzgebenden Versammlung der Bürger entwickelt, wobei wirklich die Parteien vertreten sind und nicht die Staaten? Dann zeigen sich auch die Proportionen anders, als sie jetzt aussehen. Die heutige Debatte über die Zahl der Kommissare führt zu nichts. In Amsterdam hat man gesagt, 20 ist die Obergrenze und in Lissabon steht diese Frage schon wieder auf dem Programm. 20 reichen nicht, weil man heute sieht, dass jedes Land einen Kommissar haben will. Vorherige Woche habe ich über die-

ses Thema mit den Portugiesen gesprochen und die sagen ganz offen: »Nein, wieso 20, wenn wir 21 Länder haben, dann brauchen wir schon 21 Personen in der Kommission.« Das Argument ist, dass es ja auch Regierungen gibt, die viel mehr Mitglieder haben. Vielleicht werden wir da mal etwas wie Staatssekretäre haben. Auch das wird immer offen bleiben, bis man weiß, was für ein Gebilde das am Ende sein soll. Man hört auch oft »wir bauen ein Europa der Vaterländer, dazu brauchen wir keine gemeinsame Verfassung.« Meine Frage ist: Wird sich eine Konzeption durchsetzen oder kommt man zu einer breiten Vereinbarung oder überlassen wir die Entwicklung ihrem natürlichen, spontanen Wege?

Sollten wir nicht schon heute über die große Union der Zukunft nachdenken? Die Politiker sagen: »Nein, das geht nicht, wir können zwar darüber reden, aber dann sind wir noch in drei, vier Jahren nicht fertig und wir können gar nicht erweitern. Wir müssen diese Reform heute machen und dann, wenn – sagen wir – der 26. Kandidat vor der Tür steht, dann machen wir wieder eine neue Reform und wie die aussehen wird, darüber wird noch nachgedacht.«

So manche innere Reform in der Union scheint mir als ein Flecken an dem 50 Jahre alten Mantel, wobei wir alle wissen, dieser Mantel ist uns sowieso zu klein geworden und wir brauchen einen neuen. Worüber man eben nicht spricht, das ist der neue Mantel.

Meine Vision ist eine, die die meisten Politiker – auch bei uns – nicht gerne hören und sogar auch nicht einmal die Medien: Es entwickelt sich ein Europa, das zentral an Gewicht gewinnt. Das europäische Parlament wird mehr Bedeutung haben. Die Kommission sowieso. Da werden diese Institutionen viele Kompetenzen gewinnen. Zugleich reden wir über Regionalisierung im Sinne von Subsidiarität: was du in deinem Dorf oder Bezirk in der Ostslowakei machen kannst, dazu brauchst du die Regierung in Bratislava nicht. Und was man in Bayern machen kann, wozu sollen wir da gleich nach Berlin? Dann kommt aber die Frage, wozu ist dann die Regierung in Berlin noch da? Und die in Bratislava? Ein Großteil der Kompetenzen liegt in München und bei einem Regierungsbezirk, ein anderer Teil in Brüssel oder Strassburg oder sonst wo. Und diese Zwischenstation einer Regierung bleibt eben nur eine Zwischenstation und verliert langsam nicht nur Kompetenzen, sondern auch Sinn. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Wien, Bratislava und dem ungarischen Győr ist so gut und wird hoffentlich noch besser, dass wir diese nicht von den Regierungen steuern lassen müssen. Das schaffen diese Städte selber, wenn der Oberbürgermeister mit den anderen zusammen sitzt. Meiner Meinung nach geht Europa in diese Richtung. Nicht nur Europa. Es ist ein Aspekt der Globalisierung.

KANN MAN VON EINER »WIEDERKEHR DER GESCHICHTE« SPRECHEN?

Ich glaube es geht nicht, dies wäre ein ahistorischer Widerspruch. Wie schon erwähnt: Geschichte kann sich nur als Farce wiederholen. Wir stehen in ganz neuen Verhältnissen und Beziehungen zueinander: Kon-

flikte löst man anders oder man versucht, sie anders zu lösen. Wir versuchen, die Wunden zu heilen, die vor der Wende von 1989 entstanden sind: Trotzdem sprechen wir nicht viel über die Altkommunisten, wir haben sie ja überall. In einer der slowakischen Regierungen in den 90er Jahren gab es gerade einmal ein Mitglied, das vorher kein Kommunist war. Auch heute finden wir in allen assoziierten Ländern in den Spitzenpositionen Personen, die in der kommunistischen Partei gewesen sind. Wo ist aber heute die Debatte über die echten Schuldigen des damaligen Regimes? Wie ist unsere Meinung gegenüber den damaligen Mitläufern? Wo sind heute die damaligen Antikommunisten? Auch das gehört zum Europabild, zu den Werten, über die wir diskutieren.

Man kann in diesen Debatten also wirklich nicht weit kommen, weil man keinen guten Ausgangspunkt hat. Man will noch weiter zurückgehen: Ein Beispiel ist die Geschichte der tschechoslowakischen Trennung, das ist ja eine Geschichte von 70 Jahren gemeinsamer Entwicklung. Da gelangt man sogar bis an das Resultat des 1. Weltkrieges und versucht damalige Wunden zu heilen. Jede Aktivität dieser Art hätte vor einigen Jahrzehnten noch zu einem neuen Europakrieg geführt. Dies kann sich nicht wiederholen. Und teilweise greift man noch tiefer in die alte Geschichte. Wie weit soll man eigentlich gehen, bis man dann herausfindet, dass wir vor x-tausend Jahren irgendwie alle verwandt waren, weil sich da die Wege schon zusammen finden. Erst dann können wir sagen: »Wir sind ja eine große Familie«. Dazu noch eine Erinnerung aus Uppsala: Ich war einst in der Universitätsbibliothek. Der Direktor hat mir mit Stolz den Codex Argenteus gezeigt und ich habe ihn gefragt: »Herr Direktor, meinen Sie nicht, die Schweden haben dieses wunderbare Buch während des 30-jährigen Krieges in Prag gestohlen und meinen Sie nicht, Sie sollten das jetzt, wenn wir so brüderlich zusammen sind, zurückgeben?« Und er hat gelacht: »Ja, wir können das versprechen, nur bitte vergesst nicht: Wir haben es nicht der Prager Regierung gestohlen, sondern den Habsburgern.« Man kann einfach nicht zurückgehen. Man muss Geschichte in einer neuen Struktur sehen, aus der europäischen Sicht.

Unsere Länder – alle unsere Länder – stehen vor ganz neuen Aufgaben: Die alte (Klein)staaterei überwinden, die Nationalismen vom Podest entthronen, den Provinzionalismus in positiven Regionalismus umzuwandeln: Die Denkensart in diesem Sinne erfrischen. Statt »Meine Gruppe ist die beste, die anderen können gefährlich sein« sollte es nun »Auch meine Gruppe kann für die anderen interessant sein« lauten. Dies gilt für Staaten, Nationen, Parteien, Regionen, Ortschaften. Die Pointe könnte man in diesem Zusammenhang so formulieren: Das politische Denken der Vergangenheit kann man im dritten Jahrtausend nicht gebrauchen. Rückkehr brauchen wir da nur, um die Lehre daraus zu ziehen, wohin die bereits gegangenen Wege geführt haben.

Lucio Caracciolo:
Kann es eine europäische Heimat ohne europäische Geschichte geben?

Nur eine kleine Frage zu Herr Alner. Sie haben zwei These auf den Tisch geworfen, die meines Erachtens schwer zu vereinbaren sind, nämlich, erstens es gibt keine gemeinsame Europäische Geschichte, das ist eine Tatsache natürlich, es ist wahr. Es gibt auch keine gemeinsame und ich würde sagen, es gibt besonders keine gemeinsame Geschichtsauffassung. Und zweitens, man sollte eigentlich Europa als Heimat betrachten. Kann man Europa als Heimat betrachten ohne eine gemeinsame

Geschichte, ja eine gemeinsame Geschichtsauffassung zu haben, meines Erachtens ist ziemlich schwer.

Eine weitere Frage war:
KONKURRENZ BEI DER RÜCKKEHR NACH EUROPA.

Was heißt Rückkehr, war unsere Debatte direkt nach der Wende im Winter 1989: Zurück nach Europa, was heißt das? Fast alle Völker Europas sind da seit der Völkerwanderung. Wir können nicht sagen, Deutschland war zwölf Jahre lang nicht in Europa und dann kehrte es (woher?) zurück. In der Geschichte finden wir sehr viele fast ähnliche Beispiele. Den Begriff Rückkehr haben Ende der 80er Jahre einige Dissidenten des Ostblock verwendet. Diese Länder sind – wie bekannt – 40 Jahre einen Weg in die Isolation, in die Sackgasse gegangen. Das Zurück war nicht als Rückkehr in die Vergangenheit gemeint, sondern als Rückkehr in die Hauptstraße der Gegenwart, damit wir wirklich wieder dabei sind, ein neues Europa zu gestalten. Diese Rückkehr bedeutet Rückkehr irgendwo zu einem Ausgangspunkt hin. So kann man auch die heutige schwierige Wirtschafts- und Soziallage in unseren Ländern erklären: Man kann sagen, wir weichen zurück (aus der Sackgasse), um vorwärts zu kommen.

**Josef Janning:
Ostmitteleuropa er-
hebt Anspruch auf
eine Rückkehr nach
Europa**

Die Polen haben gesagt, wir können unseren geographischen Standort nicht verändern, aber wir können unseren geopolitischen Standort verändern. Dahinter steckt eine bestimmte Geschichtsinterpretation, nämlich die Interpretation, dass der geopolitische Standort Polens oder der Tschechischen Republik oder der Slowaken schon einmal verrückt worden ist, nämlich in Richtung Osten. Und es nun darum geht, diese Verrückung zu korrigieren und den eigenen angestammten Platz wieder einzunehmen. Das ist ja nicht einfach so daher gesagt, sondern ist ein historischer, moralisch normativer Anspruch, den die Europäer dann einlösen sollen. Und viele der Frustrationen mit dem aktuellen Verhandlungsprozess ergeben sich aus der Diskrepanz dieses Anspruchs auf der einen Seite, der ein historisch-normativer ist und den technischen Feinheiten der Aushandlung von Rindfleischquoten und Fischfragen und legislativen Anpassungen.

LAG MITTEL- UND OSTEUROPA AUßERHALB EUROPAS?

Nein. Im sogenannten europäischen Haus gab es ein paar Zimmer, wo jemand Fremder uns 40 Jahre lang gesagt hat, wie wir leben sollen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis man wirklich das gemeinsame Haus Europa umbauen kann – und reinigen. Ich glaube, man braucht da beiderseits ein bisschen Toleranz.

Im Sinne des Gesagten kann man nun resümieren: Ob ein Teil Europas außerhalb Europas lag, ist sichtbar ein Widerspruch. Als ob man sagen könne: Ein Teil meines Hauses lag außerhalb meines Hauses. Ja, es war 40 Jahre ein fremder Besitzer dort mit seinen schlechten Manieren. Der fremde Besitzer wurde in einem Teil des Hauses einquartiert und hat seine Zimmer durch eine Mauer ausgegrenzt, die an Stelle einer früheren Tür aufgebaut worden ist. Die Einwohner wurden zu Untermietern disqualifiziert. Sie haben es überlebt und genießen heute wieder die offene Tür. Und sind neugierig, was inzwischen drüben so passiert ist. Und sieh mal: Die finden hinter der Tür oft zuviel Misstrauen. Als ob da noch die Fremden stünden und nicht die Heimischen.

Nicht selten mit Recht. Der fremde Herrscher gewinnt, wenn er Spuren, die man nicht wegschaffen kann, hinterlässt. Die Spuren stecken in den ehemaligen Untermietern. Nicht in allen, Gott sei Dank. Die Antwort auf die Frage, wo Mittel- und Osteuropa lag, ruht nicht in der Tatsache, wo sich das Land befand, sondern wo die Seele der Bewohner ruht.

Dies ist auch Antwort auf die letzte Frage.

ZUSAMMENARBEIT ODER KONKURRENZ?

Es gibt die nationalen Unterschiede, das hat Herr Lendvai auch schon erwähnt, das war wirklich kein homogener Ostblock: Jedes Land ist anders, hat eine andere Tradition, eine andere Kultur, eine andere Wirtschaftslage, andere historische Erfahrungen. Jeder Weg ist anders, überall gibt es andere Probleme, andere Hindernisse, andere Vorteile. Jedes Land kehrt aus einer ganz anderen Sackgasse zurück, mündet anderswo in den main stream, jedes Fuhrwerk fährt mit einer anderen Geschwindigkeit, irgendwo läuft man sogar noch zu Fuß und anderswo weiß man nicht eindeutig, welche Richtung zum gewünschten Ziele führt. Oft sieht man da einen fast tragikomischen Hürdenlauf.

Trotzdem oder gerade deshalb ist es sehr wünschenswert, dass diese Länder gut zusammenarbeiten. Über die Visegráder Staaten kann man das heute schon wieder sagen. Auch wenn wir hier und da noch hören: »Wir sind auf dem schnellen Wege, die andern dürfen uns nicht zurückhalten«. Die neuere oder die abgestaubte Konzeption baut aber auf Zusammenarbeit.

Die Visegráder Drei sind ab 1993 zu Vieren geworden, ungefähr ein Jahr später wieder zu Drei: Die Slowakei ist in innenpolitische Schwierigkeiten geraten, was ihr Ausscheiden aus der ersten Erweiterungsrunde zur Folge gehabt hat. Eine andere Konsequenz betraf die Slowakei bei der NATO-Erweiterung. Heute sind die drei Visegrad-Länder drin, für die Slowakei ist die Tür zu geblieben. Die Meciar-Regierung hat in den Jahren 1994 bis 1998 immer wieder versucht, die V-4 auch institutionell aufzubauen und in Brüssel den gemeinsamen Weg zu betonen. Der Grund war einfach: vom Erfolg der andern auch selber zu profitieren. Es geht aber nicht, einen altmodischen Waggon, der nur starke Bremsen hat, an einen Schnellzug anzuhängen. So nebenbei ist die ganze V-4(3) eingeschlafen. Nun ist die Lage anders geworden. In allen vier Ländern spricht man eindeutig über ein gemeinsames Interesse, die Integrationsschritte zu koordinieren. Es gibt wirtschaftliche, aber auch politische Argumente dafür. Alle drei plädieren für die baldige Aufnahme der Slowakei in die NATO. Es ist zwar ein anderes Thema, aber hier sollte man zumindest erwähnen, dass ein bisher strategisch leerer Raum zwischen der NATO und dem Einflussbereich Russlands gefährlich sein könnte. Was die EU betrifft, sind die V-4-Kontakte sehr intensiv geworden. Es wird unter den Staatspräsidenten, den Regierungschefs, den Ministern, Parlamentsausschüssen u.v.a. regelmäßig beraten. Auch im Bereich der Legislatur wird konsultiert.

Wir glauben, auch für die Union wird es einfacher sein, mehrere Kandidaten zu einem Termin aufzunehmen, wobei sowieso jedes Land

individuell und separat beurteilt werden wird. Es ist wünschenswert, dass sich diese Länder untereinander koordinieren, endlich wieder nach Jahren das Konfliktpotenzial abschaffen (so etwa zwischen der Slowakei und Ungarn). Eine enge Beziehung der Tschechischen und Slowakischen Republik war während der Amtszeit von Klaus und Meciar, die die Trennung gesteuert haben, schwer möglich. Übrigens, man kann gar nicht von der Trennung der Slowaken von den Tschechen sprechen. Es war damals ein politisches Spiel von zwei politischen Parteien. Nicht vorbereitet, nicht geplant und von der Bevölkerung nicht verlangt. Bei den konkreten Verhandlungen 1992 haben die Slowaken (in Wirklichkeit die Spitze der Meciar-Partei) nicht die erwünschte Selbstständigkeit erobert, sondern den erwünschten Koalitionsvertrag verloren. Erst ex post hat man die Niederlage in der Slowakei als Sieg verkauft. Die einzige Partei im Parlament, die sich für die Trennung eingesetzt hat, war die Slowakische Nationalpartei (SNS), die damals ganz geringen Einfluss auf die Ereignisse hatte. Die Tschechen und die Slowaken an sich haben sich in diesem Sinne nicht getrennt, was die Kultur betrifft oder die Zusammenarbeit auf anderen nicht-politischen Gebieten. Die ist sehr gut gewesen und geht weiter. Die tschecho-slowakische Zusammenarbeit ist nach den Parlamentswahlen 1998 besser denn je: Wir übersetzen zum Beispiel viele tausend Seiten der Rechtsakte der EU ins Tschechische und Slowakische. Das neueste Abkommen ermöglicht es, die EU-Normen in eine von beiden Sprachen zu übersetzen, aber in beiden Ländern zu akzeptieren. Das spart eine Menge Zeit, Arbeit und Geld. Das ist nur ein positives Resultat dieser Zusammenarbeit. Es gibt auch verschiedene andere, man koordiniert zum Beispiel die Legislaturarbeit, noch immer funktioniert die Zollunion usw. Und beide sprechen – auf allen Ebenen – über die Vorteile, zusammen in die Union zu kommen.

WELCHES EUROPA WOLLEN DIE BÜRGER?

Vor allem wollen sie EIN Europa. Es ist ja nur eins, soll also ungetrennt bleiben. Sicher, es wird auch weiterhin Unterschiede geben, die gibt es aber auch drinnen in der Familie. Die Denkensart »wir sind drin in der Wärme, die Anderen sollen draußen bleiben und uns nicht stören« kann nicht funktionieren. Wer meint, »was hinter meinem Zaun geschieht, das geht mich nichts an«, ist kein echter Europäer.

Eine kleine Geschichte von Anthony de Mello: Ein Farmer, dessen Getreide immer die Goldmedaille gewonnen hat, verteilte jährlich seine beste Saat an die Nachbarn. Jemand hat gefragt, warum. Die Antwort: »In meinem Interesse. Der Wind trägt Blütenstaub von Feld zu Feld. Würden meine Nachbarn unterdurchschnittliche Sorten anbauen, sinkt auch die Qualität meines Kornes. Deshalb mache ich alles, damit meine Nachbarn nur das beste haben.«

Wir reden da über die Bürger. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist, die Untermieter von Gestern zu Bürgern einer demokratischen Gesellschaft umzuwandeln. Nicht einmal jeder Politiker ist Bürger in diesem Sinne geworden. Der Weg ins moderne Europa führt nicht von Osten gen Westen (und vice versa), sondern von unten nach

oben: Es ist die Richtung zu solchem Selbstbewusstsein, das sich auf Offenheit, Moral, Kenntnisse und Kooperation stützt.

Die Umfragen zeigen: Wäre heute ein Referendum, sind 65–70 % der Slowaken dafür. Das sind die neuesten Zahlen. Die zeigen, die Beitrittsbereitschaft ist höher als das Image der EU in der Slowakei. Das heißt: »Ich heirate sie, auch wenn ich sie nicht unendlich liebe, weil es für mich gut ist.« In der Tschechischen Republik bewegt sich die Beitrittsbereitschaft nahe der 50 %-Linie, in Ungarn zwischen 50 und 60 %, im Baltikum finden wir die niedrigsten Werte.

Sozial sind die europareifsten die Studenten (MOEL: 72 % für Beitritt), die Unternehmer und Staatsbeamten (71 %); die meisten Europaskeptiker finden sich unter den Arbeitslosen, den Rentnern und den Landwirten. Dies sind die Ergebnisse des Eurobarometers Mittel- und Osteuropa.

Wenn wir über das Europa der Bürger sprechen, dann gibt es nun ein Problem: Die Bürger wissen noch fast nichts über Europa.

Nikolaus Röttger:
Eine Identität ist
nötig, um Europa zu
begreifen

Heute morgen ist gesagt worden, dass europäische Identität nicht möglich sei, gleichzeitig ist angesprochen worden, dass sich die Europäische Union nach Helsinki jetzt mehr um Stabilität kümmert, als dass es um europäische Identität geht. Ich glaube, dass das zu wenig ist, weil langfristig auch Stabilität nur erreicht werden kann, wenn es eine europäische Identität gibt und dass diese europäische Identität auch notwendig ist und dass die Leute bisher einfach dieses Europa, die Europäische Union gar nicht begreifen. Und vielleicht muss da einfach die Politik dieses Europa wieder auf die Ebene der Bürger runterbrechen, auf den Menschen an sich und eben weg von den vielzitierten Eliten und Lobbies.

Bei den Umfragen von Eurobarometer war eine Frage zum Beispiel: Sind Sie gut informiert über Europa? In der Slowakei waren die Resultate sehr positiv, die meisten Slowaken seien gut informiert. Dann habe ich Zuhause nachgeforscht, was die meinen und da haben wir feststellen müssen, die Leute wissen gar nicht, dass sie nicht informiert sind. Denen muss man zuerst sagen, was das heißt, über Europa etwas zu wissen. Die sehen abends im Fernsehen, wie der Regierungschef in Brüssel ist und dort mit jemanden spricht – dann glauben die, über Europa informiert zu sein. Die wissen gar nicht, dass die Information woanders liegt. Es gab eine große Aufklärungskampagne in der Slowakei und ich bin sehr stolz darauf, dass ich dafür ein dünnes Buch für die breite Bevölkerung schreiben durfte. Der Unterrichtsminister sollte das in alle Schulen als Schulbuch der Integration verteilen lassen. Nach vielen Monaten hat das Ministerium erklärt, es habe kein Geld für die Expedition. Ich fahre jetzt durch das ganze Land und diskutiere in der ganzen Slowakei vor allem mit den jungen Menschen, mit Studenten über Europa – ganz einfach und verständlich. Da sehe ich, die sind nicht informiert, die Lehrer aber auch nicht. Ohne Aufklärung kommen wir keinen Schritt weiter. Nicht nur die Tatsachen – die Idee Europas soll man verbreiten. Demokratie ist nicht nur Freiheit der Entscheidung, sondern vor allem Zugang zu Informationen. Ohne Information kann man nicht verantwortlich entscheiden, auch nicht über die eigene Beziehung zum Europa. Und die meisten Menschen wissen sogar noch

nicht einmal, dass ihnen diese Informationen fehlen. Demokratie zu lernen heißt auch, Informationen zu verlangen.

**Friedrich Haffner:
Viele Menschen verstehen Europa nicht**

Auch bei uns haben viele Menschen, auch gebildete Menschen, den eigentlichen Sinn der ökonomischen Integration noch gar nicht verstanden, schon gar nicht bis Euro und so weiter. Kürzlich fragte mich ein Rentner: Ich habe plötzlich die Hälfte des Einkommens. Sage ich, nein, nein, so ist es nicht.

Wenn wir das Europa der Zukunft meinen, dann wollen wir auch, dass in diesem Europa Bürger leben, die auch wissen wovon die Rede ist. Und das ist der Schwerpunkt der ganzen Debatte und eine der größten Aufgaben, weil bei uns sogar manche Politiker nicht verstehen, was Europa heißt und manche wichtige Schritte stark unterschätzen. Interessant dabei ist, dass wir in der Slowakei keine wichtige politische Partei haben, die gegen den Beitritt agiert. Auch Meciar's Opposition äußert sich »Wir müssen so schnell wie möglich an die Macht kommen, die heutige Regierung kann das Land in die Union nicht führen«. Man hat Zuhause bei uns oft gefragt, was meinst Du, wenn Du Europäer sagst? Ich kann das wirklich nicht definieren und habe immer geantwortet: »Warum sagst Du, Du bist ein Slowake?« »Na ja, die Slowakei ist meine Heimat.« »Gut, bist Du fähig zu sagen, »Europa ist meine Heimat?« Kannst Du das sagen?« »Schwierig, das kann ich nicht.« »Wenn Du das sagen kannst, dann bist Du ein Europäer.«